

Erscheint alle 14 Tage.
Wochentl. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beilage
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Nr. 35/36

Berlin, den 4. September 1931

42. Jahrg.

Gewerkschaft
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Samtl. Beilagen: an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 30221 beim Postfachamt Berlin NW 7

Gewerkschaft
Alexander 4719

Den Blick vorwärts gerichtet!

Die heutige Generation ist anscheinend dazu berufen, eine Geschichtsperiode durchzumachen, über die vielleicht der spätere Geschichtsschreiber ein gerechtes Urteil fällen wird. Die Millionen Werktätiger fühlen nur dunkel, daß sie sowohl Zeugen als auch zugleich Opfer eines Zeitalters tiefenhaft aufeinander, neue Gesellschaftsformen anbahnender Umwälzungen sind. Unsere ergrauten Arbeitsveteranen schütteln verzweifelt ihr graues Haupt, sie können nicht begreifen, daß sie gezwungen werden, dem ihnen lieb gewordenen Arbeitsprozeß zu entsagen, daß sie zur Untätigkeit verurteilt sein sollen, obgleich nach ihrer Auffassung ihre Arbeitskräfte noch hinreichen würden, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Noch schlimmer ergeht es der Jugend, die in ihrem jugendlichen Stürmungsdrang sich dazu berufen fühlt, die Welt zu erobern, und die nun allzu schnell erfassen muß, daß auch ihrem Streben ein Ziel gesetzt ist, daß auch sie zur Untätigkeit verurteilt ist. Wer kennt nicht die Hoffnungen eines Wanderburschen, der früher wohlgeraunt mit frohem Mut seine Lehre verlassen hat, um durch Wandern von einem Ort zum andern sein Wissen zu bereichern, der dann in seinen Anschauungen gefestigt, später sein eigenes Heim gegründet und mit Mut und Vertrauen den Kampf um das Dasein aufgenommen hat. In all diesen Sturm- und Wanderjahren fand er wohlwollende Berater in den Organisationen, in den Gewerkschaften, willig reichten sie sich ein in die Front der Kämpfer. Schulter an Schulter mit den älteren Kollegen nahmen diese jugendlichen Stürmer den Kampf auf und freuten sich ihrer Erfolge, ja es wird viele Tausende von ihnen geben, denen alles nicht schnell genug von statten ging, sie drängten unaufhaltsam vorwärts, die Erfahrungen der Älteren, gepaart mit dem Drang der Jüngeren ließ jedoch den rechten Weg erkennen, einen erfolgreichen Aufbau vollziehen.

Die heutigen Verhältnisse haben manche Veränderungen herbeigeführt, Krieg, Inflation und diese langandauernde Krise haben tiefe Furchen eingeschnitten, eine Verzweiflung hat die Massen ergriffen, die den Blick in die Zukunft stark getrübt hat. Wie wäre es sonst möglich, daß sich Hunderttausende in nationalistisch-romantische Fiktionen wirtschaftlich-sozial rückständigsten Gepräges einspinnen lassen würden, anstatt diese wirtschaftlich-technischen Umwälzungen durch bewußtes Erkennen der tatsächlichen Geschehnisse und dadurch notwendiges Einsetzen ihrer Kräfte für eine neue gesellschaftliche Ordnung nutzbar zu machen! Die Revolution der Kulturmenschen liegt nicht hinter uns, sondern noch vor uns, aber sie wird sich ganz anders abrollen als die nationalistisch-faschistischen Gläubiger in ihrem anscheinenden Siegestaumel annehmen. Daran ändert nicht im geringsten die gegenwärtig sinnfällige rückläufige soziale Entwicklung etwas.

Die gewerkschaftlichen Arbeitnehmer kann diese Entwicklung in keiner Weise entmutigen, die werden auch durch das langsame Tempo der Entwicklung keineswegs von ihrem Ziele abgedrängt, sie sind sich bewußt, daß der Weg, den die Organisation in den Jahrzehnten ihres Bestehens gegangen ist, nie mit Rosen gebettet gewesen ist, Haß, Zwietracht, Verleumdung sind stets unliebsame Begleiter, Hürden auf diesem dornenvollen Wege gewesen. Diese Fremdkörper werden auch in dieser schweren Krise nicht verhindern können, dem Ziel der Gesundung entgegenzusteuern. Für uns heißt es nach wie vor, den Blick vorwärts gerichtet.

Es besteht nicht der leiseste Zweifel, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich in einer inneren Umwälzung befindet, deren Ablauf noch nicht absehbar, deren Ziel aber klar erscheint. Der Weg zum Ziel kann wohl hinausgeschoben, aber nicht endgültig verbaut werden. Dieses Ziel kann nur in die Richtung einer regulierten Bedarfsdeckungsökonomie, also eines durchgreifenden „Ausbau der Produktionsorganisation“ gemäß der veränderten internationalen Arbeitsteilung ausgedeutet werden. Das Erreichen dieses Zieles wird erst die Wirtschaftskrise bereinigen und das ungeheure wirtschaftlich-soziale Elend der Völker beseitigen.

Die gegenwärtige wirtschaftlich-soziale Entwicklung scheint diesem Endziel völlig zuwider zu laufen. Die kapitalistische Wirtschaftsführung will die Folgerung aus der technisch-organisatorischen Entfesselung der Kräfte noch nicht ziehen. Wir erleben die Tragik dieser Wirtschaftsführung, mit den durch ihre Dynamik entfachten Gewalten nicht fertig zu werden und zu glauben, durch einfaches Zurückschrauben der Entwicklung und damit des sozialen und kulturellen Lebenspielraumes der breiten Massen die entfesselten Kräfte zu bannen. Diese Wirtschaftsführung verneint damit ihr eigenes Wesen.

Der technisch-wirtschaftliche Fortschritt ist nicht mehr aufzuhalten. Er treibt die kapitalistische Wirtschaftsordnung unentwegt weiter. Diese Wirtschaftsordnung ist auf der stets wachsenden Dehnbarkeit und Erweiterung der menschlichen Bedürfnisse aufgebaut. Das bedeutet eine stetige Erweiterung und Steigerung der kulturellen und sozial-wirtschaftlichen Lebenshaltung der breiten Massen. Steigende Erweiterung der menschlichen Bedürfnisse schließt aber in sich die allmähliche Ausdehnung und Nutzung dieser Bedürfnisse auf alle Völker. Die Produktionsanlagen können nur so in ihrer vollen Ergiebigkeit ausgenutzt und dem technischen Fortschritt gerecht werden. Das ist wieder nur möglich, nicht durch ein Gegeneinanderarbeiten, sondern durch die Zusammenarbeit der Wirtschaftsvölker.

Die Technik des Produktionsprozesses ist soweit fortgeschritten, daß nur eine in sich geregelte und gebändigte wirtschaftliche Ordnung imstande ist, Erzeugung und Verbrauch in angemessenem Verhältnis zu halten. Daher wird die Arbeitszeit unter der achtstündigen liegen, das Einkommen aber ein relativ hohes sein müssen. Kurze Arbeitszeit, hohes Einkommen sind nichts weiter als die Folgerungen aus dem technischen Fortschritt, der auf die Dauer eine Steigerung der Lebenshaltung bedeutet. Dieser zerbricht die bisher geltenden gesellschaftlichen Ueberlieferungen und Anschauungen. Er ist Bahnbrecher zur sozialen Befreiung der werktätigen Schichten. Nur aus diesem Bewußtsein heraus ist der Verzweiflungskampf der alten Gewalten zu verstehen, die sich der alten jahrhundertelangen politischen und gesellschaftlichen Ueberlieferungen und Empfindungen bedienen, um die Schichten vor ihren Wagen zu spannen, die von diesen Gewalten nichts zu erwarten haben. Wir leben in einer neuen sich wandelnden Zeit, denken aber noch in den Anschauungen vergangener nicht wiederkehrender Jahrzehnte. Das ist der Zwiespalt von Millionen. Dieser Zwiespalt läßt sie an ihren Parteien und Organisationen irre werden. Die gewerkschaftsbewußten Arbeitnehmer werden durch diesen Zwiespalt nicht berührt. Es handelt sich vielmehr um Arbeitnehmer, die in ihren Anschauungen noch nicht so geistigt sind, die den Versprechungen von links- und rechtsradikalen Elementen ein williges Ohr leihen. Vom Organisationsstandpunkt aus gesehen sind diese Gefahren längst erkannt und nehmen diese dieselben auch nicht kleiner als sie sind. Die Agitation der radikalen Kreise wird durch die Unternehmer wesentlich unterstützt, deshalb sind die Gewerkschaften gezwungen, den Kampf nach zwei Fronten zu führen. Tessen ungeachtet werden wir dürfen wir in diesem Kampfe nicht ermüden, es gilt in erster Linie unsere Kraft den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Die wirtschaftliche Umwälzung kann zwar durch die reaktionären Pläne der Unternehmer verzögert, aber niemals verhindert werden, das Rad des Zeitalters ist im Rollen und wird rückhaltslos alles zermalmen, was sich ihm entgegen stemmt. Die Geschichte lehrt uns, daß jede politische und wirtschaftliche Umwälzung gewisse Opfer verlangt und auch diesem Zeitalter müssen ungezählte Opfer gebracht werden. Für uns als Organisation bleibt die Aufgabe vorbehalten, die Gefahren rechtzeitig zu erkennen und dementsprechende Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Die reaktionären Arbeitgeberkreise machen verzweifelte Anstrengungen, das Rad der Zeit rückwärts zu drehen, sie versuchen, den Kulturfortschritt zu hemmen, die deutschen Arbeitnehmer sollen wieder auf die Kulturstufe der slavischen Völker herabgedrückt werden. Durchschreiten wir den Wälder der reaktionären Presse, dann wird man bald gewahr, welche Gefahren den deutschen Arbeit-

nehmern drohen. Lange Arbeitszeit, niedrige Entlohnung, Beseitigung der Sozialpolitik stehen im Vordergrund der Betrachtungen zur Beseitigung der Wirtschaftskrise. Der Arbeitgeberverband mit dem Langnamen hat jetzt sogar ein illustriertes Flugblatt herausgegeben, das in seiner ganzen Tendenz direkt aufreizend wirkt und als eine Verhöhnung der Arbeitslosen angesehen werden muß. Es ist eine Drachensaat, die hier ausgestreut wird und die unter Umständen blutig aufgehen kann. Wir sind noch lange nicht über den Berg, der Winter rückt in bedrohliche Nähe, für den der Reichskanzler 7 Millionen Arbeitslose prophezeit, die Arbeitslosenziffer, sowie die Zahl der Ausgesteuerten ist jetzt schon ständig im Steigen begriffen, einzelne soziale Blätter befassen sich schon mit der Frage der Hilfsmassnahmen. Auch die Regierung wird gut tun frühzeitig Vorkehrungen zu treffen.

In diesem Strudel der tobenden Brandung, von links und rechts umspült, stehen die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer, scharf Ausschau haltend, daß das Rad der Zeit keine Bahn nicht verläßt und auch durch äußere Einflüsse in seinem Lauf nicht gehemmt wird. Die Kreise der Arbeitgeberverbände, wie die links- und rechtsradikalen Elemente der Arbeitnehmer, versuchen mit allen Mitteln die Aufbaubarbeit der Gewerkschaften zu stören, die wirtschaftlichen Nöte sind ihnen willkommenen Helfer in ihrem Zerstörungswerk. Diesen Schädlingen der Arbeiterbewegung muß das Handwerk gelegt werden. Jeder ehrliche Arbeiterführer wird die Not der Zeit erkennen, er wird aber auch ständig bemüht sein, die Not zu lindern. Durch die Phrasendrescherei der radikalen Elemente wird eine Besserung wahrlich nicht herbeigeführt, wir brauchen daher nicht um das Vertrauen der Arbeitnehmer buhlen, dieselben haben aber auch längst erkannt und wissen genau zu unterscheiden, wer es ehrlich mit ihnen meint. Seit Jahrzehnten sind die Gewerkschaften der sichere Hort der deutschen Arbeitnehmer gewesen, sie werden das auch in Zukunft bleiben. Wenn die Verhältnisse uns zur Zeit in eine Abwehrstellung gedrängt haben, so ist das noch lange kein Grund zur Mutlosigkeit. Wie nach trüben Tagen die Sonne lacht, so wird auch für die Arbeitnehmer wieder eine Epoche anbrechen, die auch für sie wieder eine Gesundung erblicken läßt. In erster Linie gilt es mehr denn je die Nerven behalten, das Vertrauen zur Organisation darf nicht erschüttert werden, den Blick vorwärts gerichtet, mit Mut und Entschlossenheit den Kampf aufgenommen, dann wird auch diese schwere Krise überwunden werden.

Rückblick und Ausblick.

Wochen der schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen liegen hinter uns, in einer Zeit, in der die Ereignisse der Zeit so schnell abwechseln, erscheint es notwendig, die Vorgänge, die geeignet waren, die ganze Menschheit aufzurütteln, das Vertrauen so vieler Bank- und Sparkassengläubiger ins Wanken zu bringen, vor unserem geistigen Auge zusammenfassend vorüber ziehen zu lassen.

In den Monaten Juni und Juli 1931 setzte, ausgereift vor allem durch den Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt, ein Sturm von Kreditkündigungen der kurzfristigen Auslandsgläubiger bei den deutschen Banken ein. Die deutsche Bankwelt versuchte, diesem Sturm zunächst auf dem normalen Wege der Rückzahlung mit Unterstützung der Reichsbank zu begegnen. Man hoffte, daß eine Verhütung nach allgemeiner Annahme der Hoover-Votenschaft eintreten würde. Die Annahme des Hoover-Planes durch Frankreich zögerte sich aber in wochenlangen Verhandlungen hinaus. Diese Verzögerung rief bei den Auslandsgläubigern wachsende Beunruhigung hervor, so daß schließlich die endgültige Annahme des Hoover-Planes die erhoffte psychologische Wirkung nicht brachte. Der „Run“ der Auslandsgläubiger setzte sich fort und konzentrierte sich in besonders starkem Maße auf die Farmstädter und Nationalbank. Infolge des unglücklichen Zusammenstiehs dieser Belastung mit dem Bekanntwerden der Verluste der Farmstädter und Nationalbank aus der Beteiligung an der Norddeutschen Wollkammerei und Kammergarnspinnerei griff die Unruhe auch auf Inland über; ein Ansturm

auf die Kassen der Danatbank begann, dem sie nicht gewachsen war. Die Folge war: die Danatbank mußte am 13. Juli 1931 ihre Schalter schließen.

Die Tatsache, daß eine Großbank nicht in der Lage war, allen an sie herantretenden Anforderungen nach Auszahlung gerecht zu werden, rief in der Bevölkerung eine Panikstimmung hervor, und am Montag, dem 13. Juli, als der Schalterschluß der Danatbank bekannt wurde, fehlte auch ein „Aum“ auf die Kassen aller übrigen Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute ein. Innerhalb eines Tages ergab sich bei ihnen die gleiche Lage: es war selbstverständlich unmöglich, sämtliche Ausleihungen in der kurzen Zeit, in der die Kunden Auszahlung ihrer Guthaben verlangten, einzuziehen. Allein der Versuch, diesen summierten Anforderungen der Einleger, Sparkonteninhaber usw. nachzukommen, hätte größtes Unheil anrichten müssen. Der gesamte Kredit- und Zahlungsverkehr wäre zusammengebrochen; er baut sich auf der Tatsache auf, daß nicht alle Inhaber von Guthaben am gleichen Tage restlos Auszahlung verlangen.

Angesichts dieser Tatsache war die Reichsregierung genötigt, unverzüglich und energisch einzugreifen. Sie mußte, um weiteres Unheil zu verhüten, zunächst einmal für zwei Tage die Schließung sämtlicher Bankschalter veranlassen; sie mußte, damit die Vorgänge vom 13. Juli 1931 sich nicht wiederholen konnten, die allmähliche Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs in die Wege leiten. Um das unberechnete Mißtrauen in der Bevölkerung zu bekämpfen, war die Reichsregierung ferner genötigt, für die Einlagen bei der Danatbank die Garantie zu übernehmen. Da sich in der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Auszahlungsschwierigkeiten an einigen Stellen auch Verführungen hinsichtlich der Stabilität der Währung regten und die Neigung hervorriefen, Devisen zu kaufen, mußte die Reichsregierung dem Hamstern von Devisen durch besondere Verordnungen entgegenzutreten, damit die Devisenbestände für volkswirtschaftlich wichtige Zwecke reserviert blieben. Im Zusammenhang damit stehen die Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht, da sich an vielen Stellen die Neigung zeigte, die Erhöhung im Zahlungsverkehr zur Zurückhaltung fälliger Steuerzahlungen zu benutzen, mußten auch hiergegen Maßnahmen ergriffen werden.

Alle diese Regelungen konnten nicht mit einem Schläge in einer einheitlichen Verordnung getroffen werden; denn die Entwicklung machte ein Eingreifen von Fall zu Fall in elastischer Anpassung an die jeweils gegebene Situation erforderlich. Wir müssen uns versagen, auf die einzelnen Notverordnungen näher einzugehen. Die Notmaßnahmen der Reichsregierung erstreckten sich in weitem Umkreise auf das finanzielle Gefüge unserer Volkswirtschaft. Um der allgemeinen Wirren Herr zu werden und verheerende Folgen der allgemeinen Panikstimmung zu vermeiden, wurden zunächst Maßnahmen ergriffen, die wie die Bankfeiertage, eine starke Bremswirkung ausübten. In knapp bemessenen Zeitabschnitten wurde dann das System der strengen Regulierung des gesamten Zahlungs- und Kreditverkehrs aufgelockert. Vom 5. August an sind, soweit die Banken in Frage stehen, wieder normale Verhältnisse erreicht worden. Die Uebergangsregelung bei den Sparkassen ist vom 8. August an ebenfalls dem regulären, ordnungsmäßigen Zahlungsverkehr gewichen.

Für die planmäßige Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs war von besonderer Wichtigkeit die Gründung der Akzept- und Garantbank. Sie wurde auf Anregung der Reichsbank unter Beteiligung der Reichsbank und führender Kreditinstitute mit einem Kapital von 200 Millionen RM. ins Leben gerufen. Ihr Zweck ist, das Vertrauen in das deutsche Kreditssystem wieder zu festigen. Sie wurde zugleich eine sichere Grundlage für die Wiederaufnahme des regulären Kredit- und Zahlungsverkehrs.

Von großer Bedeutung sind auch die Ergebnisse der außenpolitischen Besprechungen für Deutschland gewesen. Gewiß, eine durchgreifende Finanzhilfe großen Stils ist nicht erreicht worden. Eine solche Finanzhilfe lag jedoch, wie Reichskanzler Dr. Brüning ausführte, augenblicklich und für geraume Zeit außerhalb der realpolitischen Möglichkeiten. Verschiedene Gründe können dafür angeführt werden. Ein Hindernis liegt insbesondere in der Tatsache, daß zu einer solchen Anleihe die Garantie mehrerer großer Staaten verlangt wird, deren Zusage zu erreichen, teils aus staatsrechtlichen, teils aus finanztechnischen Gründen zur Zeit ausgeschlossen ist. Immerhin, einiges und nichts unendliches ist bisher erreicht worden. Auf Grund der Londoner Konferenz ist der an die Reichsbank bewilligte 400-Millionen-Kredit für 3 Monate erneuert worden; durch gemeinsamen Beschluß der beteiligten Regierungen und durch Einwirkung auf die heimischen Banken wurden sogenannte Stillhalterkredite gebildet, die einen weiteren Abzug kurzfristiger Kredite — und dieser Abzug war es, von dem die ganzen Schwierigkeiten Deutschlands ihren Ausgang nahmen — verhindern; schließlich wurde zur Prüfung der Frage weiterer Kredithilfe für Deutschland ein Komitee erster Bankfachverständiger eingesetzt. Auch der Bericht dieses Komitees liegt jetzt vor und ist von allgemeinem Interesse.

Der Bericht charakterisiert die scharfe Krise, die Deutschland seit zwei Monaten erfährt und die gekennzeichnet ist durch einen heftigen Sturz der Großhandelspreise auf den Weltmärkten und durch einen scharfen Rückgang des Welthandels, durch die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und durch vermehrte finanzielle Schwierigkeiten in den vom Ausfuhrhandel abhängigen landwirtschaftlichen Gebieten. Für Deutschland als eine der großen

Welthandelsnationen sei es unausbleiblich gewesen, daß es die Wirkungen der Depression in ganz außergewöhnlichem Grade zu verspüren bekommen habe. Die Lage, zu deren Unterdämpfung der Ausschluß aufgefördert worden ist, sei nur eine Phase eines Problems, das in verschiedenen Ausmaßen bei allen Ländern der Erde aufgetreten sei. Eine bleibende Besserung der Lage Deutschlands sei nicht eher zu erwarten, als bis die Ursachen der allgemeinen Depression beseitigt seien. Auf der anderen Seite spiele Deutschland im Wirtschaftsleben der Welt und insbesondere Europas eine so bedeutsame Rolle, daß, solange sich nicht Deutschlands Lage bessere, es auch keine allgemeine Erholung von der gegenwärtigen Depression geben könne. Als Besonderheit für Störungen in der Lage Deutschlands weist der Bericht auf die bedeutende Zunahme seiner Verschuldungen hin. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß die auf Grund amtlicher deutscher Quellen vorgelegten statistischen Angaben ein zutreffendes Bild der Wirklichkeit vermitteln.

Deutschlands steigende Verschuldung.

Von 1924 bis 1930 einschließlich wuchs Deutschlands ausländische Verschuldung schneller als seine Auslandsanlagen, und zwar insgesamt 18,2 Milliarden Mark. Die Gesamtverschuldung stieg auf 25,5 Milliarden Mark. Diese haben aber zum Teil einen Gegenposten in den deutschen Anlagen im Ausland. Der internationale Kapitalzufluß von 18,2 Milliarden Mark, sowie 3 Milliarden Mark für Dienstleistungen der deutschen Schiffsverkehrsunternehmen usw. fehlten Deutschland in den Jahren

- a) Zinsen in Höhe von 2,5 Milliarden Mark auf seine kommerziellen Auslandsverschuldungen während des siebenjährigen Zeitraums zu entrichten,
- b) seinen Bestand an Gold und Devisen um 2,1 Milliarden Mark zu erhöhen,
- c) Reparationen in Höhe von insgesamt 10,3 Milliarden Mark zu bezahlen und
- d) einen Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr einschließlich Sachlieferungen in Höhe von 6,3 Milliarden Mark zu begleichen.

Der Bericht weist darauf hin, wie Deutschland in verschiedenen Jahren die Zahlungen an das Ausland nicht aus eigenen Mitteln leistete, sondern durch die infolge der hohen Zinssätze angezogenen Kapitalien. In den Jahren 1926 und 1930 nahm Deutschland nur wenig Kredite auf. Seine Einfuhr war damals nicht passiv, sondern wies einen Ueberschuß auf, während sich die Einfuhr und Ausfuhr gleich blieben. Dadurch blieben 1929 für die Zahlungen an das Ausland einschließlich Reparationen 3,3 Milliarden, 1930 2,5 Milliarden über.

Die günstige Handelsbilanz von 1930 mit ihren gefallenem Rohstoffpreisen und verminderten Bezügen erbrachte zusammen mit dem Ertrag der unsichtbaren Ausfuhr zwei Drittel der für die Erfüllung der Auslandsverbindlichkeiten Deutschlands benötigten Beträge. Ein Drittel blieb durch Kreditaufnahme zu decken. Am Schluß des Jahres 1930 stellte sich die Lage Deutschlands in der internationalen Kapitalverflechtung folgendermaßen dar:

Ausländische Anleihen an Deutschland insgesamt	25,5 Milliarden Mark
Deutsche Anlagen im Ausland insgesamt	9,7 Milliarden Mark
Internationale Verschuldung Deutschlands also	15,8 Milliarden Mark

Die Schwierigkeit der finanziellen Lage Deutschlands ist auf den Umstand zurückzuführen, daß Ende 1930 die kurzfristigen deutschen Anlagen im Ausland (einschließlich der sich auf 0,8 Milliarden belaufenden Devisenbestände der Reichsbank) rund 5,3 Milliarden Mark, dagegen Deutschlands kurzfristige Auslandsverschuldungen nicht weniger als 10,3 Milliarden Mark betragen. Dieser letzte Posten belief sich Ende 1926 auf 4,1 Milliarden. Von diesen 10,3 Milliarden Mark waren 1,1 Milliarden kurzfristige Schulden des Reiches, der Länder und Gemeinden und 7,2 Milliarden Mark Bankverbindlichkeiten. Der Rest setzt sich aus sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten zusammen.

Aus einer für den 31. März 1931 vorgenommenen Unterjuchung geht hervor, daß von einer Gesamtsumme in Höhe von 5,6 Milliarden Mark 37,1 Proz., gleich 2 Milliarden, auf die Vereinigten Staaten, 20,4 Prozent, gleich 1,15 Milliarden Mark, auf England, 13,9 Prozent, gleich 0,785 Milliarden Mark, auf die Schweiz, 9,7 Proz., gleich 0,546 Milliarden Mark, auf Holland, 6,5 Prozent, gleich 0,369 Milliarden Mark, auf Frankreich, 2,2 Prozent, gleich 0,122 Milliarden Mark, auf Schweden und die verbleibenden 10,2 Prozent, gleich 0,571 Milliarden Mark, auf die sonstigen Länder entfallen. Etwa 47 Prozent dieser Schulden bestanden aus Außenhandels-Rembours-Verbindlichkeiten, 40 Prozent aus in ausländischer Währung zahlbaren Depositionen und der Rest aus Reichsmarkguthaben ausländischer Gläubiger.

Ein Vergleich der ausländischen Guthaben und Verbindlichkeiten der deutschen Banken zeigt, daß gegenüber den am Ende des Jahres 1930 auf 7,2 Milliarden Mark sich belaufenden Verbindlichkeiten die deutschen Banken im Ausland kurzfristige Aktiven in Höhe von 2,6 Milliarden Mark besaßen. Die Zunahme der kurzfristigen Schulden zwischen 1925 und 1929 war zum Teil eine normale Begleitererscheinung der erhöhten Umsätze des deutschen Außenhandels, der von 21,5 Milliarden Mark im Jahre 1925 auf über 27 Milliarden Mark im Jahre 1929 stieg. Die Erhöhung stand indessen in keinem Verhältnis zu der Steigerung des Außenhandels, und der Bericht erklärt, daß die kurzfristigen Kredite in großem Maße in der heimischen Wirtschaft angelegt wurden, und daher nicht ohne schweren Schaden für die finanzielle Struktur zurückgezogen werden können.

Da die kurzfristigen Kredite nicht in langfristige umgewandelt wurden und auch nicht konnten, so lag es infolgedessen auf der Hand, daß kurzfristige Gelder dazu verwendet wurden, die Arbeit langfristiger Gelder zu leisten, und zwar mit dem entsprechenden Risiko für Geldgeber und Geldnehmer.

Der Bericht erörtert dann die Lage im Jahre 1931, um dann auf die künftige Zahlungsbilanz Deutschlands näher einzugehen. Hierzu heißt es:

Ob es Deutschland unter normalen Verhältnissen möglich ist, aus seinen eigenen Ersparnissen das gesamte Kapital zu beschaffen, das für Deutschlands innere Entwicklung sowie dafür benötigt wird, ganz oder teilweise den kommerziellen und staatlichen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland nachzukommen; oder aber, ob Deutschland, wie in den letzten sieben Jahren, sowohl für seinen inneren Kapitalbedarf als auch bei der Aufnahme der Gelder, die erforderlich sind, um seine ausländischen Verpflichtungen zu erfüllen, auf die Hilfe des Auslandes angewiesen ist, ist eine Frage, die wir nicht zu entscheiden haben. „Wir möchten nur betonen, daß, wenn man weitere Verpflichtungen zu der Schuld hinzukommen läßt, die Last der Zinsen und Tilgungsverpflichtungen aus kommerziellen Schulden ständig zunehmen muß, und wenn ein großer Teil der wachsenden Schulden kurzfristig aufgenommen worden ist, Deutschland in steigendem Maße derartigen Krisen ausgesetzt sein wird, wie es sie gegenwärtig durchläuft. Es ist aber auch nicht nötig, eine Antwort auf diese Frage zu suchen, da es sich jetzt darum handelt, Deutschlands sofortigen Kreditbedarf festzustellen, da die deutsche Zahlungsbilanz für 12 Monate so gut wie ganz von den Reparationszahlungen entlastet ist.“

Sieht man von den Einzelheiten ab, so geht aus dem Bericht hervor, daß ein Mangel an Vertrauen zu Deutschland „durch die wirtschaftliche Lage des Landes nicht gerechtfertigt ist.“ Es wird hinzugefügt, daß auch die Staatsfinanzen keine Ursache für die Krediterschlüpfung darstellen. Das eine ist ihrer Ansicht nach das politische Risiko, das mit Kreditanlagen in Deutschland verbunden ist. Des weiteren erklären die Bankiers aber, daß die äußeren Verpflichtungen Deutschlands sich so lawinenartig erhöhen, daß ausländische Geldgeber die Lage in Deutschland nicht als gefestigt ansehen können. Solange nicht zu übersehen sei, wie sich die künftige Lage Deutschlands entwickeln wird, bestehe ein sehr ernstes Hindernis für die Gewährung neuer kurzfristiger Kredite oder für die Aufnahme einer langfristigen Anleihe. Deshalb erklären die Bankiers, daß vor Ablauf der sechs Monate dafür gesorgt werden muß, daß die von Deutschland zu leistenden internationalen Zahlungen die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität nicht mehr gefährden. Hiermit wird das Kriegslastenproblem berührt und bedeutet gleichzeitig eine ernste Mahnung an alle beteiligten Regierungen unverzüglich eine Lage zu schaffen, um durch neue Finanzaktionen Deutschland und dadurch der Welt die so dringend nötige Hilfe zu bringen.

Das Baseler Abkommen hält durch die Stillhaltung eine Verschlechterung der Lage Deutschlands und der Welt auf, der Bericht bereitet gleichzeitig die Beseitigung einer Krisenursache vor. Wenn auch die Forderung auf Streichung der Kriegsschulden nicht ausgesprochen ist, so ist doch ein deutlicher Hinweis darauf vorhanden. Aufgabe der deutschen Reichsregierung muß es sein, eine feste Politik der Verständigung, der wirtschaftlichen Vernunft zu führen, die Arbeitnehmer haben das lebhafteste Interesse daran, daß jegliche Störungen unterbleiben, zu politischen und militärischen Spielereien ist die Zeit zu ernst, Pflicht der organisierten Kollegen ist es, dauernd auf diese Tatsache hinzuweisen, wir können und dürfen uns nicht durch verantwortungslose Spielereien immer wieder in Krisen hinein manövrieren lassen.

Das alte Lied.

Man sollte annehmen, daß die Not der Zeit besonders geeignet sei, die Gemüter zu erheitern, den Sinn zu schärfen, mehr auf Gemeinsamkeitsarbeit zu richten, lediglich darnach zu trachten, die drückende Not zu lindern. Aber nichts von alledem, die Unternehmerpresse singt nach wie vor das alte Lied von der Untragbarkeit der Löhne, der Tarifverträge, dem Schlichtungswesen und der ungeheuren Belastung durch die Arbeitslosenunterstützung. Um die öffentliche Meinung für diese ihre Gedankengänge zu gewinnen, arbeitet die Schwerindustrie mit allen Mitteln und zieht damit auch die Kleinindustrie sowie das Handwerk in ihr Schlepptau.

Das Neueste auf dem Gebiete ist eine illustrierte Wirtschaftsfiabel: „Warum arbeitslos?“, die in seiner ganzen Aufmachung als eine Verhöhnung der Arbeitslosen angesehen werden muß. Gleichzeitig soll die Schrift als Abwehrmaßnahme zur Preisgestaltung dienen. Gerade die letzten Monate und Wochen haben die breite Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit auf die ungesunde, die deutsche Wirtschaft schwer schädigende Preispolitik der Kartelle, insbesondere betreffs der Marktarartikel hingewiesen, so daß anscheinend sich auch die Regierung mit diesem Problem eingehender befaßt. Um die Erkenntnis der verheerenden Wirkung dieser Preispolitik zu verhindern oder mindestens abzumildern, versucht die Schwerindustrie durch Herausgabe dieser Schrift den Nachweis zu führen, daß die Preisfestsetzung in diesem Ausmaße lediglich eine Folge der hohen Löhne und Soziallasten ist. Um dieser Schrift die weitgehendste Verbreitung angehehen zu lassen, verfenet der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirt-

schäftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnam-Verein) die Wirtschaftsfibel an die deutschen Unternehmerverbände mit einem Rundschreiben, in dem es u. a. heißt:

„Bei der Bedeutung, die heute die öffentliche Meinung für die wirtschafts- und sozialpolitischen Erhebungen hat, ist es vom Standpunkt der Wirtschaftsführung aus von außerordentlicher Wichtigkeit, geeignete Aufklärung in die breitesten Schichten zu tragen.“

Mit der Anlage haben wir den Versuch unternommen, vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus in einer künstlerisch ausgestatteten Flugschrift zu den großen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen der Gegenwart in volkstümlicher Weise Stellung zu nehmen. Anknüpfend an die Arbeitslosigkeit als sozial verhängnisvollste Auswirkung der heutigen Wirtschaftskrise entwickelt die Schrift die Hauptursachen, auf die der wirtschaftliche Niedergang zurückzuführen ist, um damit gleichzeitig dem Verständnis für die Maßnahmen den Boden zu bereiten, die allein eine Ueberwindung der gegenwärtigen Not erhoffen lassen.

Wir wären Ihnen zu Dank verbunden, wenn Sie in eine freundliche Erwägung darüber eintreten würden, ob und in welcher Weise Sie zu dem erforderlichen Massenabdruck beizutragen bereit sind.“

Der eigentliche Zweck der Wirtschaftsfibel geht aus der Behauptung hervor, daß „im volkswirtschaftlichen Durchschnitt die Kosten für Löhne, Gehälter, soziale Beiträge, Steuern und Tribute sieben Achtel des Preises ausmachen.“

Die Schwerindustrie will sich weiswaschen angeichts der noch immer viel zu hohen Preise der gebundenen Waren und will die Schuld von sich auf andere abwälzen. Der Langnam-Verein hat vergessen in der Wirtschaftsfibel darzustellen, daß die freien Preise viel stärker gefallen sind, als die gebundenen, vergessen ist auch die Darstellung der unheimlichen Kluft, die zwischen den Gehältern der letzten Direktoren und der übrigen Arbeiter- und Angestellten der Unternehmungen besteht. Vergessen ist auch die Illustration der Kapitalfehlleitungen der deutschen Wirtschaft und ihre falsche Organisation, wie sie z. B. beim Norddeutschen Wollkonzern zutage getreten ist, das hätte ein sehr anschauliches Bildmaterial geben können. Die Illustration der Arbeitslosen und Sozialrentner gibt doch immer nur ein einseitiges Bild ab.

Auch die Einstellung zum Staat kommt durch die mehr als zweifelhafte Dichtkunst des Langnam-Vereins in der Wirtschaftsfibel durch folgende Verse zum Ausdruck:

Einst war schlank der Vater Staat,
Es gediehen seine Kinder.
Heute ist er fett und satt,
Wie's uns geht — das sieht ein Blinder.
Ist der Wirtschaft Last vermindert,
Wird des Volkes Not gelindert,
Arbeit findet wieder jeder,
Und es laufen alle Räder.

Es gibt eben Leute, die aus ihrer Haut nicht herauskönnen, die nie begreifen werden, daß wir den Krieg verloren haben, daß ein neues Zeitalter angebrochen ist, eine Epoche, die in ihrem Fortschritt auch durch die rückständigsten Anschauungen nicht mehr gehemmt werden kann. Der Industriearbeiter wird die Stufe des Industriebürgers auch gegen den Willen der Schwerindustrie erklimmen. Das Rad der Zeit kann wohl augenblicklich gehemmt, aber niemals aufgehalten werden, dafür werden die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer nach wie vor sorgen.

Lohnsenkung und Preissteigerung!

Wiederholt haben wir auf die Anzeichen einer zweiten Lohnabbauwelle hingewiesen. Die sogenannten deutschen „Wirtschaftsführer“ glauben die Krise nur durch das Mittel des Lohn- und Gehaltsabbaues überwinden zu können. Dieselben wollen nicht einsehen, daß dadurch die Kaufkraft der Massen immer mehr eingeschränkt wird. Man sollte nun annehmen, daß die Regierung, besonders das Reichsarbeitsministerium hier etwas weitfichtiger eingestellt wäre, die Schiedsprüche der amtlichen Schlichtungsstellen lassen jedoch mit aller Deutlichkeit erkennen, daß dem Lohnabbau seitens der Behörden der weitgehendste Vorschub geleistet wird. Auf der ganzen Linie wird wiederum ein Lohnabbau vorgenommen, der sich durch nichts rechtfertigen läßt, auch im Holzgewerbe ist die zweite Lohnabbauwelle in vollem Gange, die meisten Verträge sind seitens der Arbeitgeber gekündigt worden, teilweise sind bereits Abzüge erfolgt. Bei der Fällung der Schiedsprüche wird ständig außer acht gelassen, daß man außerhalb der Schlichtungsinstanzen zunächst die Ueberverdienste abgebaut, dann die Tariflöhne um 6 Prozent gesenkt und nun ist man dabei, eine weitere Kürzung der Löhne vorzunehmen. Das Reichsarbeitsministerium ist auch bei dieser neuen Lohnabbauwelle ein williger Helfer des Unternehmertums. Man könnte die Haltung der Regierung noch verstehen, wenn dieselbe auch eine dementsprechende Preis- senkung der Lebensmittel herbeigeführt hätte. Die diesbezüglichen Zusicherungen sind wie Seifenblasen verschwunden, Schiele erhöht nach wie vor die Zölle, anstatt Verbilligung ist eine bemerkenswerte Steigerung der Lebensmittelpreise eingetreten. Auch der Hinweis auf die Friedenslöhne verfehlt vollständig seinen Zweck, es kommt ja nicht auf die Höhe der Löhne an, sondern auf die Tatsache, was man sich für das Geld kaufen kann. Wer nicht gerade Scheuklappen trägt, muß erkennen, daß die Verelendung der Massen immer stärkeren Umfang annimmt, die Erbitterung wächst von Tag zu Tag, Selbstverleugung und Verzweiflung stehen an der Tagesordnung, die Zahl der

Erwerbslosen steigt beständig, trotzdem wird ruhig fortgewirtschaftet. Die Regierung zerbricht sich den Kopf, ob es im Winter 7 Millionen oder ein paar mehr oder weniger Arbeitslose geben wird. Die größte Sorge der Unternehmer ist, wie können die Löhne und Gehälter abgebaut werden, während der Reichsernährungsminister ständig Ausschau hält, wie er durch Zollerhöhungen und Geschenke an die Agrarier die Lebensmittel weiter verteuern kann, wahrlich ein idealer Zustand. Es ist geradezu unverständlich, daß die Arbeitnehmer die „vorsorglichen Maßnahmen“ dieser Kreise nicht anerkennen wollen und vielfach zur Selbsthilfe schreiten. Ebenso unverständlich ist es, daß man den Arbeitnehmern alle Fürsorge angeheißelt läßt, während man die armen Direktoren mit ihren Gehältern, die in die Hunderttausende gehen, so wie die Großpensionäre ihrem Schicksal selbst überläßt, ja so geht es im Leben: Undank ist der Welt Lohn!

„Der Weg der Selbsthilfe“.

Die Baseler Kommission, die zur Prüfung über die Kreditfähigkeit Deutschlands eingesetzt war, hat in ihrer Denkschrift zum Ausdruck gebracht, daß nach Lage der Sache die Erlangung von langfristigen Krediten für Deutschland unmöglich ist und verweist daher die Kommission Deutschland auf den Weg der Selbsthilfe. Nun ist das allerdings leichter gesagt als getan, wir sind der Ueberzeugung, daß Deutschland ohne langfristige Kredite die schwere Krise nicht überwinden wird. Dies haben wir bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Das Wort Selbsthilfe hat an und für sich einen schönen Klang, unsere Organisation ist ja auf dem Programm der Selbsthilfe aufgebaut und wir wissen die Selbsthilfe wohl zu schätzen, es kommt nur darauf an, was man unter dem Wort versteht und welche Auslegung man dem „Weg der Selbsthilfe“ gibt.

Wir haben bereits an anderer Stelle auf die Herausgabe der illustrierten Wirtschaftsfibel hingewiesen, die von dem Langnam-Verein herausgegeben ist. Jetzt ist der Reichsverband der deutschen Industrie dazu übergegangen, sein Wirtschaftsprogramm zu entwickeln. In der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht Dr. Herle, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine Darstellung des Wirtschaftsprogramms, das der Reichsverband dem Reichskanzler übergeben hat.

Die Ausführungen tragen die Ueberschrift „Der Weg der Selbsthilfe“. Sie gehen davon aus, daß man sich trotz der Empfehlungen der Baseler Kommission (des Layton-Berichts) nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß Deutschland auf absehbare Zeit doch auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen sei, und zwar in einem Sinn, der weit über das hinausgeht, was die Sachverständigen als „unerwünscht abgelehnt“ haben. Diese Selbsthilfe müsse unter strikter Anwendung des wirtschaftlichen Grundsatzes erfolgen, da dieses erstrebte Ziel mit den sparsamsten Mitteln erreicht werden muß. Im Mittelpunkt des Selbsthilfeprogramms muß die „organische Umgestaltung der Selbstkosten“ im Sinne einer weitgehenden Herababildung der Selbstkosten und einer Anpassung aller Leistungsverträge an das gegenwärtige Wirtschaftsvolumen stehen. Dieser Grundsatz ist auf sämtliche Faktoren anzuwenden, auf die öffentliche Hand, die Sozialbelastungen, die persönlichen Produktionskosten (Löhne und Gehälter). Daneben spielen aber auch die Kreditkosten eine besondere Rolle und schließlich sind vor allem auch noch die Verkehrsstarke und die Tarife der kommunalen Versorgungsbetriebe zu nennen. Auf allen Gebieten sind schnelle Entscheidungen und durchgreifende Entschlüsse notwendig. Die Belastung der Wirtschaft durch die öffentliche Hand mit Steuern und Abgaben hat eine Höhe erreicht, die nach jeder Richtung hin unerträglich geworden ist. Die gegenwärtige Steuerlast ruht auf einem derartig zusammengeschrumpften Produktions- und Wirtschaftsvolumen, daß die Steuerlast für den einzelnen Steuerträger trotz der eingetretenen Verringerung des Gesamtaufkommens an Steuern übermäßig gestiegen ist. Es gibt, wenn ein völliger Zusammenbruch der Wirtschaft noch abgewendet werden soll, nur den einen Weg, diese Relation zwischen Steuerlast und Wirtschaftsvolumen durchgreifend zu ändern und durch eine einschneidende Verringerung der Ausgaben und der Ausgaben aller Teile des Verwaltungsapparates mit größter Beschleunigung den Steuerdruck um mindestens zwei Milliarden zu mildern. Es wird ferner eine weitere Senkung der persönlichen Unkosten sowohl in der öffentlichen Hand wie in der Privatwirtschaft gefordert, denn die gegenwärtige Lohn- und Gehaltshöhe sei noch nicht geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland wieder herzustellen. Ferner werden schnelle Maßnahmen gefordert, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Gemeinden zu regeln. Es wird nach Wegen gesucht, die es der Reichsbahn und der Reichspost ermöglichen, der Wirtschaft vermehrte Beiträge zu geben.

Unterzieht man die Ausführungen dieses sogenannten Wirtschaftsprogramms der deutschen Industrie einer näheren Beleuchtung, dann begegnet man bekannnten Liedern der selbstfichtigen Interessensvertretung, wie wir sie aus diesen Kreisen ständig gewöhnt sind. Zur Vorsicht wird man besonders gemahnt, wenn von dieser Seite aus von der „Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte“, von „Volksgemeinschaft“ und „nationaler Selbsthilfe“ geredet wird, in Wirklichkeit meint man damit die krasse Interessenpolitik. Im Mittelpunkt des Programms, dessen Grundzüge Herr Herle mitteilt, steht unter der schönen Bezeichnung „die organische Umgestaltung der Selbstkosten“, wie der Abbau der Löhne und Gehälter, die Milderung

— „mit größter Beschleunigung“ — des Steuerdrucks um mindestens zwei Milliarden. Man bringt sogar zum Ausdruck, daß auf dem Wege des freiwilligen Verzichts bereits viel geschehen ist. Wie dieser freiwillige Verzicht aussieht, wissen wir zur Genüge. Wenn von einem Direktorengelohnte von 300 000 M. ein Verzicht von 10–20 Prozent erfolgt, bedeutet das nicht soviel, als wenn man die knapp bemessenen Löhne und Gehälter um 20–30 Prozent kürzt.

Auch die weiteren Ausführungen dieses Industrieprogramms lassen wirtschaftliche Vernunft stark vermissen. Herr Dr. Herle knüpft seine Ausführungen an den Bericht der Baseler Kommission an. Die Sachverständigen bringen dabei zum Ausdruck:

„In Bezug auf die theoretisch notwendige und praktisch denkbare Steigerung der Ausfuhr sowie Beschränkung der Einfuhr halten sie es im allgemeinen Interesse für höchst unerwünscht, daß Deutschland gezwungen würde, eine derart schroffe Lösung zu wählen.“

Herr Herle bemerkt dazu, daß Deutschland auf absehbare Zeit doch auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen ist und zwar in einem Sinn, der weit über das hinausgeht, was die Sachverständigen als „unerwünscht“ abgelehnt haben. Was haben die Sachverständigen als „unerwünscht“ abgelehnt? Eine Herunterdrückung und Forcierung der Ausfuhr, die dazu führen sollen, daß die deutsche Ausfuhr beinahe die doppelte Höhe der deutschen Einfuhr erreicht. Sie Sachverständigen betrachten eine solche Politik als eine theoretische Möglichkeit die kurzfristigen Schulden zu ersetzen, nicht aber als ein Mittel die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands zu beheben. Sie sagen vielmehr: „Eine Ausfuhr in beinahe der doppelten Höhe der Einfuhr — wenn sie tatsächlich durchführbar wäre — würde eine ernste Störung des deutschen Wirtschaftslebens mit sich bringen.“ Und weiter: „berartige Maßnahmen führten zu weiterer Verarmung und hoher Arbeitslosigkeit, bedingt durch Einschränkung des Handels.“ Wenn diese, wie zu befürchten ist, dazu führe, daß die anderen Länder zu Gegenmaßnahmen schritten, um ihre Märkte zu schützen, so werde das Handelsvolumen noch weiter herabgedrückt.

Das halten die Sachverständigen für „höchst unerwünscht“, und Herr Herle meint, daß wir noch viel weiter gehen müssen. Betrachtet man die ganzen Ausführungen von Herrn Herle ohne jede Voreingenommenheit, so kommt man zu der Erkenntnis, daß dieselben mit der „wirtschaftlichen Vernunft“ gar nichts zu tun haben, vielmehr lediglich vom Machtwillen der Industrie diktiert sind.

Eine Preis- und Lohntheorie.

W.B. Die krisenhaften Erscheinungen der gesamten Weltwirtschaft lassen es immer notwendiger erscheinen, diese Vorgänge wissenschaftlich zu durchleuchten und insbesondere das Verhältnis zwischen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der Lohnhöhe klarzustellen. Die Lehre von den hohen Löhnen, die vor allen Dingen durch den unvergleichlichen Aufschwung der Wirtschaft der Vereinigten Staaten bestätigt zu sein schien, war ein solcher Versuch. Auch jetzt ist die Auffassung weit verbreitet, daß stabile Lohnverhältnisse eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Beruhigung und Festigung der gesamten Wirtschaft sind. Jens Warming, Professor an der Universität Kopenhagen, tritt mit einer neuen Preis- und Lohntheorie (s. „Internationale Rundschau der Arbeit“, Augustheft 1931) an die Öffentlichkeit. Er geht von der Auffassung aus, daß stabile Löhne die Voraussetzung für geordnete wirtschaftliche Verhältnisse sind. Seine Darlegungen lassen sich etwa wie folgt kurz zusammenfassen:

Die Großhandelspreise sind in fast allen Ländern seit September 1930 um 15 Prozent gesunken. Jetzt handelt es sich darum, entweder die Löhne diesem Preisstand anzugleichen oder die Löhne aufrecht zu erhalten, um eine Rückkehr zum alten Preisstand zu erzwingen. Auf den ersten Blick scheint die Lösung dieser Frage dadurch am einfachsten zu sein, daß man die Löhne entsprechend den gesunkenen Preisen herabsetzt. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß nicht alle Preise in demselben Maße gesunken sind. Die Rohmaterialien sind mehr betroffen als die Fertigwaren und die Großhandelspreise sind stärker gesunken als z. B. die Kleinhandelspreise. Nun ist die Auffassung sehr verbreitet, daß man den Vorkriegsstand der Preise wieder erreichen müßte. Diese Ansicht pflegt bei Lohnkürzungen immer sehr nachhaltig vertreten zu werden. Wenn ein Preissturz sehr schnell erfolgt und die Löhne dann diesen gesunkenen Preisen angepaßt werden, so allerdings entsteht zunächst die Möglichkeit, mehr Arbeiter zu beschäftigen. Auf die Dauer gesehen hat aber ein solches Mittel keine Wirkung. Die Auffassung, daß niedrige Löhne die Nachfrage nach Arbeit erhöhen, ist aus Gedankengängen entliehen, die mit dem Warenhandel zusammenhängen. Hier ist sie in gewisser Hinsicht begründet, wenn auch eine Preis- senkung sehr oft die Wirkung hat, daß die Nachfrage nachläßt, weil viele Käufer eine weitere Preis- senkung abwarten.

Wenn es in den großen Industrieländern in den letzten Jahren eine Ehrenfrage, so sagt Professor Warming, gewesen wäre, die Löhne stabil zu erhalten, so würde die Krise zweifellos schneller überwunden worden sein. Die tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse rechtfertigen den Preissturz nicht, umso mehr kann man annehmen, daß die Stabilität der Löhne auch die Preise festigen oder sogar auf ihren früheren Stand bringen würde.

Je schneller sich die Wirtschaftstätigkeit ausdehnt, um so eher wird der Zeitpunkt erreicht, an dem sich ein Goldmangel fühlbar macht, d. h. um so früher wird die Zeit der guten Jahre sein. Diefelbe Erfahrung hat man auch in der Zeit von 1875 bis 1895 gemacht. Auf die Dauer gesehen, läßt sich eine Anpassung der Preise an die vorhandene Goldmenge nicht durch Veränderungen des Diskontsatzes erreichen. Eine international einheitliche Auffassung, daß die Löhne nicht verändert werden dürfen, würde den Preisstand viel eher zu festigen geeignet sein. Die Frage, ob sich die Vorteile der Nationalisierung über die Löhne oder über die Preise auswirken sollen, beantwortet Professor Warming dahin, daß eine Erhöhung der Löhne vorzuziehen ist, weil die Auswirkung hier sofort verspürt wird.

Die wahre Ursache der wirtschaftlichen Desorganisation Europas in der Zeit nach dem Kriege scheint darin zu liegen, daß man über die zukünftige Entwicklung nicht klar sieht. Die gegenwärtige Krise ist vor allem psychologischen Ursprungs. Dazu kommt, daß die Nationalisierung einen weiteren Unsicherheitsfaktor geschaffen hat, da sich nicht vorausbestimmen läßt, wofür die neuverbundene Kaufkraft ausgegeben wird. Wenn auch manche Störungen des Wirtschaftslebens, wie sie die neuen Grenzbeziehungen, die neue Zollpolitik, die Besetzungen, die Reparationen und die damit verbundenen langwierigen Verhandlungen darstellen, zum Teil überwunden sind, so bestehen doch noch andere Krisenursachen weiter, die die Weltmeinung über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung in einem nervösen Zustand lassen.

Professor Warming behandelt auch eingehend die Entwicklung des Zinssatzes. Wird ein Zinssatz von 10 Prozent bei Verringerung der Wirtschaftslage auf 9 Prozent herabgesetzt, so fördert das die Kapitalanlage. Wenn sich dann herausgestellt hat, welche Art von Investitionen besonders günstig sind, werden mehr Arbeiter eingestellt und mehr Maschinen beschäftigt. Je schneller dann der Aufschwung erfolgt, um so eher kommt der Zeitpunkt, an dem eine Herabsetzung des Zinssatzes auf 8 Prozent möglich wird. Dann wiederholt sich derselbe Vorgang, so daß die Wirtschaft durch verschiedene Stadien der Arbeitslosigkeit hindurchgeht, bis der normale Zinssatz erreicht ist. Die heutigen Wirtschaftsverhältnisse ermöglichen wahrscheinlich einen viel niedrigeren Zinssatz als er heute üblich ist. Wenn man auf niedrigere Zinsen wartet, wird eine Kapitalanlage, die z. B. bei 8 Prozent Zinsen schon gewinnbringend wäre, natürlich verzögert.

Aus zahlreichen Gründen ist die Weltmeinung über die Entwicklung der Wirtschaft außerordentlich unsicher. Daher hat auch die amerikanische Diskontpolitik im Sommer 1929 ganz andere Folgen gehabt als man beachtete. Aus der Depression aber kommt man nur durch positive Maßnahmen heraus. Theoretisch wäre die Lösung sehr einfach. Man müßte die Arbeitslosen in den Stand setzen, das zu erzeugen, was sie selbst kaufen werden, wenn sie beschäftigt sind. Obwohl einer praktischen Verwirklichung dieses Gedankens fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, spielt sich dieser Vorgang ab, wenn eine Depression in eine Konjunktur umschlägt. Die Erfahrung zeigt außerdem, daß die Konjunktur in allen Ländern gleichmäßig zu beginnen pflegt. Daraus geht auch entgegen der heute weit verbreiteten Auffassung hervor, daß keine Arbeit geschaffen wird, die nicht anderen weggenommen wird.

Nach Auffassung von Professor Warming haben die Gewerkschaften den Gedanken am klarsten erfaßt, daß in einer Depression der Lohnstand aufrecht erhalten bleiben muß. Die Gewerkschaften einiger führender Länder müssen sich darüber verständigen, daß die Löhne stabil bleiben sollen, dann werden auch die Arbeitgeber eher bereit sein, auf diese Frage einzugehen, weil die ausländischen Konkurrenten dieselben Löhne zu zahlen haben. Die Ueberwindung der Vertrauenskrise wird am leichtesten erfolgen können, wenn es gelingt, eine Gewähr zu schaffen, daß die Löhne stabil bleiben.

Kann sich die Pianoindustrie selbst helfen?

Unter diesem Titel bringt die „Musik-Instrumenten-Zeitung vom 25. August 1931 einen Aufsatz, der ohne Zweifel beachtenswerte Hinweise enthält. Der Verfasser geht zunächst von dem Gedanken aus, daß das Klavier, wie allgemein angenommen wird, sich keineswegs überlebt hat, daß daselbe nach wie vor, als notwendiger Wohnungsgegenstand angesehen wird. Um diese Anschaffung mehr zu fördern ist es unbedingt notwendig, daß die Klavierfabriken sich tunlichst umstellen. Der Verfasser weist darauf hin, daß unser Klavier sich sowohl in innerer tonlicher und äußerer architektonischer Beziehung im Laufe der letzten Jahrzehnte vervollkommen hat, aber sich doch in keiner Weise gewandelt hat, im Gegensatz zu den ungeheuren Umstellungen anderer Industrien. Der Verfasser fordert daher ein **Konbau-Klavier**, das sich in Größe den räumlichen und im Preis den wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen muß.

Den Gedankengängen des Artikelschreibers ist offenbar Professor Stern durch seine Erfindung näher gekommen, die ein sogenanntes Universal-Klavier darstellt. Der von Professor Stern erfundene, von den Firmen **Bechstein** und **Stemens** konstruierte Radioflügel, auch Relais-Klavier wurde am 25. August zum erstenmal öffentlich vorgeführt. Es ist ein Flügel mit Lautsprecher, mit eingebautem Radioempfangsapparat mit elektr. Plattenlaufwerk im Lautsprecher Radio, Grammophon und Klavier in einem und

dies billiger, als die kleinsten Flügel bisher und hoffentlich noch weiter zu verbilligen — das ist zweifellos ein technisches Wunder. „Ein technischer Präzisionsapparat“ — wie Professor Stern in seiner Einführung auseinandersetzt —, der im Gegensatz zu den bisherigen Klavieren theoretisch vollkommen erfassbar ist, so daß es möglich sein wird, beliebige Modifikationen vorzunehmen, ganz gleiche Instrumente herzustellen oder aber verschiedene. Sind für die Zukunft also noch zahlreiche Veränderungen und Verbesserungen zu erwarten, ist das gegenwärtige Resultat durchaus beachtenswert.

Ueber die technische Seite dieser Erfindung erfahren wir: Dem berühmten Physiker Professor W. Stern ist es gelungen, dem Klavier eine neue Form zu geben. Mit Hilfe der **Stemens** L.-S. und **Fa. Bechstein** hat er ein Musikinstrument konstruiert, das zwar noch die äußere Form eines Flügels hat und auch wie ein solcher bedient wird, dessen Töne jedoch nicht mehr durch einen Resonanzboden, sondern durch elektrische Wellen erzeugt und verstärkt werden. Da nun einmal eine elektrische Verstärkungsanlage vorhanden war, hat Stern auch gleich einen Radioempfangsapparat und ein Schallplattenwerk mit eingebaut, so daß man nach Belieben auf diesem Wunderinstrument selbst spielen oder Rundfunk hören oder auch Schallplattenmusik erzeugen kann.

Die physikalischen Grundlagen dieses Universalinstruments der Zukunft sind sehr interessant. Die Länge des Flügels beträgt nur 1,40 Meter. Trotzdem kann man mit ihm die Tonstärke eines Konzertflügels von 2,60 Meter Länge ohne weiteres erzeugen. Das ist der Vorzug der elektrischen Tonerzeugung. Durch einen besonders konstruierten Mikrohammer wird die Saite angeschlagen, die Schwingung der Saite äußert sich nun nicht etwa als Ton, sondern wird unter Umgehung des alten Resonanzbodens direkt von einem Mikrophon aufgenommen und dann in elektrische Schwingungen umgewandelt, die wieder durch eine Verstärkeranlage in einen Lautsprecher geleitet werden.

Die Mikrophone bestehen aus einem permanenten Magneten, auf welchem Spulen mit hohem Widerstand angebracht sind. Mehrere Stahlsaiten des Flügels liegen jeweils quer unter den Polschühen der Magneten, so daß ein Teil des magnetischen Kraftflusses über die Saite fließt.

Werden durch den Anschlag die Saiten zum Schwingen gebracht, so ändert sich in dem gleichen Rhythmus der Kraftfluß, wodurch in den Spulen durch Induktion Spannungen entstehen. Diese Spannungen werden durch Röhren mit einer Gesamtleistung von drei Watt verstärkt. Das linke Pedal ist mit der Verstärkeranlage so verbunden, daß mit Hilfe eines Potentiometers die Lautstärke mit dem Fuß reguliert werden kann. Hat man also einen Ton oder einen Akkord auf diesem Wunderklavier angeschlagen, so kann man ihn beliebig an- und abschwächen lassen, genau wie bei einer Geige.

Eine neue Ära des Klavierspiels ist anscheinend angebrochen, wir möchten damit gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck geben, daß damit auch eine Belebung der Beschäftigung verbunden wäre, auf jeden Fall ist diese Erfindung lebhaft zu begrüßen und wünschen wir derselben den größten Erfolg.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Eine vom Ortsverband der deutschen Gewerkschaften (H.-D.) einberufene Erwerbslosenversammlung fand am 18. August im Kaufmannshaus statt. Kollege Baal sprach über die Wirtschaftslage, wie sie sich seit der letzten Notverordnung gestaltet hat. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Geldkrise, die von dem Redner eingehend besprochen wurde. Wenn auch an eine Inflation nicht zu denken sei, so sei doch andererseits die Verknappung des Geldes für die Entwicklung der Wirtschaft nicht günstig. Die Arbeitslosigkeit habe sich vermehrt, damit auch die weitere Steigerung des Massenelends. Redner betonte dann die Aktivität des Gewerkschaftsrings und befürwortet dringend die Zusammenarbeit aller Spitzenorganisationen zur Abwehr der der Arbeiterschaft weiter drohenden Verschlechterungen. Schon gehen Ankündigungen seitens der Regierung ins Land, die eine Senkung der Soziallasten und eine Lockerung der Lohnsätze durch eine neue Notverordnung festsetzen will. Immer mehr trete die völlige Verelendung der Arbeiterschaft durch die Regierung in Erscheinung, die anscheinend keinen Hemmungen unterworfen sei. Der Kampf der Spitzenorganisationen müßte mit größter Schärfe fortgeführt werden.

Nach einer Aussprache wurde der Erwerbslosenausschuß beauftragt, eine dem Referat entsprechende Entschließung dem Gewerkschaftsring zu übermitteln.

In seinem Schlußwort betonte Kollege Baal nochmals die äußerst gespannte Situation und ermahnte die Anwesenden zur Einigkeit und Geschlossenheit.

Nachdem noch die Bildungsjahrt nach dem Schlesiatal besprochen wurde und unter Verschiedenes noch einige Anfragen erledigt werden konnten, fand Schluß der Versammlung statt. Die nächste Erwerbslosenversammlung findet am Dienstag, dem 22. September, 15 Uhr im Kaufmannshaus, Schulstraße 50—51, statt.

Breslau. Die Rechtsabstufungstelle des Ortsverbandes der deutschen Gewerkschaften befindet sich Goethestr. 127. Auskunft wird erteilt: Jeden Montag und Donnerstag von 17—19 Uhr im Büro Goethestr. 127. Außerdem jeden Mittwoch von 17—19 Uhr im Kaufmannshaus, Schulstraße 50—51.

Breslau. Ortsverband der deutschen Gewerkschaften (H.-D.) Geschäftsstelle: Goethestr. 127. **Aktion Erwerbslose:** Am Dienstag, dem 22. September findet im Kaufmannshaus, Schulstraße 50—51, nachm. 3 Uhr eine Erwerbslosenversammlung statt, in welcher der Gewerkschaftsführer Kollege Fuhrmann vom G.D. einen zeitgemäßen Vortrag halten wird. Alles muß erscheinen.

Der Erwerbslosenausschuß.

Jugendgruppe Dortmund. Am 26. Juli fand unsere Wimpelweihe, verbunden mit Ausflug der älteren Kollegen und Jugendfest im Grünen statt. Große Freude herrschte über die Teilnahme der benachbarten Jugendgruppen und sei ihnen an dieser Stelle nochmals für ihr Erscheinen herzlichst gedankt. Besonders erfreut hat uns die starke Beteiligung der Hammer Jugendfreunde. Hoffentlich haben die auswärtigen Freunde von der Stadtbesichtigung einen guten Eindruck bekommen. 1,30 Uhr Antreten auf dem Nordmarkt, dann geschlossen mit Musik und wehendem Wimpel durch den schönen Föhrenbaumwald zur „Lindenwirtin, der jungen.“ Ein farbenprächtiges Bild, die Jungens und Mädels in zünftiger Klust. Und nun mal erst die vielen Belustigungen und Unterhaltungen im Lindengarten. Mit Stolz berichten wir, daß unser Jugendfreund Sch. den ersten Preis im Schießen, und zwar einen vom Kollegen A. gestifteten Lautsprecher, gewonnen hat. Den Höhepunkt der ganzen Feier bildete die eigentliche Wimpelweihe mit der Weiherede von Freund Fänger, Hamm. Packende Worte waren es, die er den Freunden, ob Jung oder Alt zugerufen hat. Spontan stimmte alles, das immer wieder neue Lied „Mit uns zieht die neue Zeit“ an. Leider ging der schöne Sonntagnachmittag viel zu schnell vorüber. Mit Musik und Sampions ging es zurück zur Stadt, zum Bahnhof und noch weiter. Allen Teilnehmern werden die gemüthlichen Stunden in Dortmund im Gedächtnis bleiben. Vor allen Dingen, wir haben mehr gehaht, als wir versprochen hatten.

Osterode Ofr. Der Ortsverein der Holzarbeiter H.-D. hatte am 1. August seine Monatsversammlung. Diese stand unter einem traurigen Zeichen. An dem altgewohnten Platz fehlte der langjährige Kassierer Otto Rod. Ueber ein Menschenalter lang hat er als Kassierer die Geschäfte des Ortsvereins Osterode geleitet. Nun ist er nicht mehr. Der unerbittliche Menschenfeind, der Tod, hatte unseren unvergeßlichen Kollegen plötzlich von uns gerissen. Er weilt nicht mehr unter uns. Aber sein Wirken für den Gewerbeverein soll uns ewig die Nichtschmerz sein.

In diesem Sinne war auch der Nachruf gehalten, welchen der Vorsitzende Kollege Ferber dem verstorbenen Kollegen vor Eröffnung der Versammlung widmete. Tagesordnung wurde darauf erledigt. Die Kassengeschäfte verwalte der Vorsitzende Kollege Ferber. Zum Schriftführer wurde, da der bisherige verzogen ist, der Kollege H. Roigki gewählt.

Dann wurde die große Arbeitslosigkeit gerade in der Holzbranche in Osterode eingehend besprochen. 70 Prozent sind arbeitslos, dieses hat auch zur Folge, daß die Mitglieder des Ortsvereins zu 90 Prozent arbeitslos sind und dauernd die Hauptkasse Zuschüsse für die Erwerbslosen leisten muß.

Ferner wurde die Handhabung der Notverordnung in der Arbeitslosenversicherung besprochen. Auch ein Kollege des Ortsvereins ist von dieser Härte betroffen. Es wird alles versucht werden, um den Kollegen zu seinem Recht zu verhelfen. Die Anwesenden erklärten, alles daran zu setzen, den Ortsverein aus die einzige Stütze der Kollegen in dieser schweren Zeit zu erhalten und noch weiter auszubauen. Den Mitgliedern, welche in dieser Versammlung gefehlt haben, rufen wir zu: Ihr habt viel veräußert, veräußert aber die nächste Versammlung nicht!

H. Roigki, Schriftführer.

Wuppertal-Elsfeld. Zu der am Sonntag, dem 23. 8. abgehaltenen Versammlung waren die Mitglieder fast vollständig erschienen. Nach Erledigung von Rassenangelegenheiten wurde der Antrag „die Errichtung von Bildungstürfen“ besprochen. Man war allgemein der Ansicht, daß die Bildung der Mitglieder auch eine Hauptaufgabe des Gewerbevereins sei und während der jetzigen Arbeitslosigkeit das größte Bedürfnis für Bildungstürfen herrsche. Wir waren daher Kollegen Weiße dankbar, daß er die Führung eines Treppenbaukurses unentgeltlich übernahm. Auch für einen Raum war bald gesorgt. Kollege Gerking stellte uns in dankenswerter Weise seine Werkstelle dafür zur Verfügung. Durch diese Maßnahme hoffen wir gleichzeitig das Interesse für unsere Organisation zu wecken.

J. U.: Wilh. Kemmers, Schriftf.

Franz Raping †.

Wiederum ist einer der alten Gewerkschaftskämpfer zur Ruhe gegangen. Am 30. August verstarb im 75. Lebensjahre der frühere langjährige Hauptkassierer des Gewerbevereins deutscher Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe Franz Raping. Sein offenes hieheres Wesen ließen ihn in allen Kreisen als ein gern gesehener Gast erscheinen. Auch unser Gewerbeverein wird dem tapferen Kämpfer ein dauerndes Andenken bewahren.

Sprechmaschinen-Laufwerke Schallplatten, Metalltonführungen usw. zum Einbauen, verl. Sie Preisliste und Einbauanweisung. **M. Bopp, Hanau a. Main, Huttenstraße 3.**